

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

DS0137/15/4 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0137/15	26.10.2015

Absender	
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Gremium	Sitzungstermin
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	29.10.2015
Verwaltungsausschuss	30.10.2015
Finanz- und Grundstücksausschuss	13.11.2015
Stadtrat	07.12.2015

Kurztitel
Haushaltsplan 2016 (Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten)

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Ausländerbehörde, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2016 zwei Stellen (Vollbeschäftigung) Sachbearbeiter/innen Ausländerangelegenheiten (EG 8) mit folgendem Aufgabenbereich zu schaffen:

- Ermittlung von Fähigkeiten, Kompetenzen und Abschlüssen von Geflüchteten in Magdeburg
- Beratung, Begleitung und Unterstützung bei der Anerkennung von Abschlüssen
- Fallbezogene Erarbeitung von individuellen Entwicklungspfaden in den 1. Arbeitsmarkt unter Einbeziehung geeigneter Maßnahmen und Angebote der Weiterbildung
- Betreuung und Unterstützung der Personen auf den Weg in den 1. Arbeitsmarkt
- Beratung von örtlichen Unternehmen im Themenfeld „Anstellung von Geflüchteten“

Die Ausübung der Tätigkeit soll in enger Kooperation mit dem Jobcenter, dem IQ-Netzwerk, der Agentur für Arbeit, den Hochschulen und weiteren Akteuren erfolgen.

Die Finanzierung in Höhe von ca. 80 Ts. EUR ist aus dem Deckungskreis Personalkosten (DKPK) oder, sofern dies nicht möglich ist, aus 23010100/46510000 – Erträge von Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen – sicherzustellen.

Begründung:

Die in der Landeshauptstadt Magdeburg angekommenen Flüchtlinge verfügen über vielfältige Berufs- und Schulabschlüsse. So haben z.B. 25% der syrischen Geflüchteten ein abgeschlossenes Hochschulstudium und weitere 25% verfügen über ein Abitur (http://www.mdr.de/nachrichten/syrische-fluechtlinge-bestens-ausgebildet100_cpage-2_zc-9945170c.html).

Bisher werden die Abschlüsse, Kompetenzen und Erfahrungen nicht oder nur unzureichend durch die Ausländerbehörde erfasst und eine Begleitung bei deren Anerkennung findet nicht statt (vgl. S0043/15). Dieses Verfahren ist jedoch notwendig, um in Kooperation mit dem Jobcenter, der Agentur für Arbeit, Verbänden und Hochschulen etc. individuelle schnelle Wege der Integration in den Arbeitsmarkt zu schaffen.

Olaf Meister
Fraktionsvorsitzender

Tom Assmann
Wirtschaftspolitischer Sprecher